Behandlung der eingegangenen Anregungen und Stellungnahmen aus der Offenlage

Nr.	Stellungnahmen von	Beschlussvorschlag	Seite 1 von 10
A	Anregungen und Stellungnahmen der Behörden und Träger öffentlicher Belange		2
A.1	Landratsamt Emmendingen – Untere Naturschutzbehörde		2
A.2	<i>Landratsamt Emmendingen – Untere Naturschutzbehörde</i>		2
A.3	Landratsamt Emmendingen – Amt für Gewerbeaufsicht, Abfallrecht und Immissionsschutz		2
A.4	<i>Landratsamt Emmendingen – Amt für Gewerbeaufsicht, Abfallrecht und Immissionsschutz</i>		2
A.5	Landratsamt Emmendingen – Straßenverkehrsamt.....		4
A.6	<i>Landratsamt Emmendingen – Straßenverkehrsamt.....</i>		4
A.7	<i>Landratsamt Emmendingen – Straßenverkehrsamt.....</i>		5
A.8	Landratsamt Emmendingen – Gesundheitsamt		6
A.9	<i>Landratsamt Emmendingen – Gesundheitsamt</i>		6
A.10	Landratsamt Emmendingen – Bauleitplanung.....		6
A.11	Industrie- und Handelskammer Südlicher Oberrhein		8
A.12	<i>Industrie- und Handelskammer Südlicher Oberrhein</i>		8
A.13	Deutsche Telekom Technik GmbH.....		8
A.14	bnNETZE GmbH.....		8
A.15	<i>bnNETZE GmbH.....</i>		8
A.16	Deutsche Bahn AG – DB Immobilien		9
B	Keine Anregungen und Stellungnahmen der Behörden und Träger öffentlicher Belange		9
B.1	Landratsamt Emmendingen – Straßenbauverwaltung		9
B.2	Landratsamt Emmendingen – Untere Wasserbehörde		9
B.3	Landratsamt Emmendingen – Vermessungsamt		9
B.4	Landratsamt Emmendingen – Amt für Flurneuordnung		9
B.5	Landratsamt Emmendingen – Landwirtschaftsamt		9
B.6	Landratsamt Emmendingen – Forstliche Belange.....		9
B.7	Landratsamt Emmendingen – Untere Baurechtsbehörde		9
B.8	Landratsamt Emmendingen – Amt für ÖPNV.....		9
B.9	Landratsamt Emmendingen – Eigenbetrieb Abfallwirtschaft.....		9
B.10	Landratsamt Emmendingen – Untere Denkmalschutzbehörde.....		9
B.11	Regionalverband Südlicher Oberrhein		9
B.12	terraneTS bw GmbH.....		9
B.13	Unitymedia BW GmbH.....		9
B.14	Vermögen und Bau Baden-Württemberg		10
B.15	Abwasserzweckverband Untere Elz		10
B.16	BUND-Kreisverband Emmendingen.....		10
B.17	Landesnaturschutzverband BW.....		10
C	Private Anregungen und Stellungnahmen von Bürgerinnen und Bürgern		10

Behandlung der eingegangenen Anregungen und Stellungnahmen aus der Offenlage

Nr.	Stellungnahmen von	Beschlussvorschlag	Seite 2 von 10
-----	--------------------	--------------------	----------------

A ANREGUNGEN UND STELLUNGNAHMEN DER BEHÖRDEN UND TRÄGER ÖFFENTLICHER BELANGE

A.1 LANDRATSAMT EMMENDINGEN – UNTERE NATURSCHUTZBEHÖRDE (Schreiben vom 29.05.2017)	
A.1.1	<p>Gegen die Änderung des Bebauungsplans „Rohrlache I“ bestehen aus der Sicht des Naturschutzes keine Bedenken.</p> <p>Auf die Ausführungen im Rahmen der frühzeitigen Beteiligung wird verwiesen. Sie gelten unverändert auch bezüglich der vorgelegten Offenlageunterlagen.</p>
Dies wird zur Kenntnis genommen.	
A.2 LANDRATSAMT EMMENDINGEN – UNTERE NATURSCHUTZBEHÖRDE (Schreiben vom 15.02.2017)	
A.2.1	<p>Gegen die Änderung des Bebauungsplans „Rohrlache I“ bestehen aus der Sicht des Naturschutzes keine Bedenken.</p> <p>Die mit der Änderung der Festsetzungen möglichen Veränderungen im Plangebiet wurden im Umweltbericht beschrieben und haben keine oder nur sehr geringe Auswirkungen auf den Naturhaushalt bzw. das Landschaftsbild.</p> <p>Den Ausführungen im Umweltbericht wird zugestimmt.</p> <p>Eine Anhörung bzw. Beteiligung des Naturschutzbeauftragten ist nicht erforderlich.</p>
Dies wird zur Kenntnis genommen.	
A.3 LANDRATSAMT EMMENDINGEN – AMT FÜR GEWERBEAUF SICHT, ABFALLRECHT UND IMMISSIONSSCHUTZ (Schreiben vom 31.05.2017)	
A.3.1	<p>Immissionsschutz</p> <p>Zur 1. Änderung des Bebauungsplanes haben wir hinsichtlich Immissionsschutzes keine Bedenken vorzubringen.</p>
Dies wird zur Kenntnis genommen.	
A.3.2	<p>Abfallrecht</p> <p>Gegen die 1. Änderung des Bebauungsplanes bestehen keine Bedenken, wenn unsere Stellungnahme und Anregungen vom 20.06.2016 aus der Neuaufstellung des Bebauungsplanes Rohrlache I in die Änderung übernommen werden.</p>
Dies wird zur Kenntnis genommen.	
A.4 LANDRATSAMT EMMENDINGEN – AMT FÜR GEWERBEAUF SICHT, ABFALLRECHT UND IMMISSIONSSCHUTZ (Schreiben vom 20.06.2016)	
A.4.1	<p>Abfallrecht</p> <p>Gegen die Neuaufstellung des Bebauungsplanes bestehen keine Bedenken, wenn unsere Stellungnahme und Anregungen in den Bebauungsplan übernommen werden.</p>
Wird zur Kenntnis genommen.	
A.4.2	<p>Allgemeine Bestimmungen</p>

Behandlung der eingegangenen Anregungen und Stellungnahmen aus der Offenlage

Nr.	Stellungnahmen von	Beschlussvorschlag	Seite 3 von 10
A.4.2.1	<p><i>Gesetz zur Förderung der Kreislaufwirtschaft und Sicherung der umweltverträglichen Bewirtschaftung von Abfällen (Kreislaufwirtschaftsgesetz - KrWG) vom 24. Februar 2012 (BGBl. I, Nr. 10, S. 212) zuletzt geändert durch Artikel 4 des Gesetzes vom 20. Oktober 2015 (BGBl. I Nr. 40, S. 1739) in Kraft getreten am 24. Oktober 2015. Dieses Gesetz ist entsprechend zu beachten und anzuwenden.</i></p>	<p><i>Wird zur Kenntnis genommen.</i></p>	
A.4.2.2	<p><i>Anfallender Bauschutt ist ordnungsgemäß und schadlos zu verwerten; er darf nicht als An- bzw. Auffüllmaterial (Mulden, Baugrube, Arbeitsgraben usw.) benutzt werden.</i></p>	<p><i>Wird zur Kenntnis genommen.</i></p>	
A.4.2.3	<p><i>Bei der Entsorgung mineralischer Abfälle ist das Verwertungsgebot nach Abschnitt 2 Kreislaufwirtschaft §§ 7 und 8 KrWG zu beachten. Nach § 7 Abs. 3 KrWG hat die Verwertung ordnungsgemäß und schadlos zu erfolgen. Dabei sind die Technischen Regeln „Anforderungen an die stoffliche Verwertung von mineralischen Abfällen“ der Bund/Länder-Arbeitsgemeinschaft Abfall (LAGA) in ihrer jeweils aktuellen Fassung zu beachten.</i></p>	<p><i>Wird zur Kenntnis genommen.</i></p>	
A.4.2.4	<p><i>Eine Ausnahme stellt die Verwertung von geeignet aufbereitetem Baustoffrecyclingmaterial dar. Die „Vorläufigen Hinweise zum Einsatz von Baustoffrecyclingmaterial“ des Umweltministeriums Baden-Württemberg vom 13.04.2004, Az.: 25-8982.31/37 einschließlich Anlage, in Verbindung mit Erlass vom 10.08.2004, Az.: 25-8982.31/37 und dem Vermerk vom 12.10.2004, Az.: 258982.31/37, zuletzt verlängert durch Erlass vom 10.12.2013, Az.: 25-8982.31/103 behalten bis zum Inkrafttreten der Ersatzbaustoffverordnung, längstens jedoch bis 31.12.2017 ihre Gültigkeit.</i></p> <p><i><u>Hinweis:</u> Grundwasserabstände sind vom Grundwasserhöchststand (HHW) anzunehmen. Beim Einbau von mineralischen Abfällen in der Zuordnungseinbauklasse (Z) 1.2 soll der Abstand zwischen der Schüttkörperbasis und dem höchsten zu erwartenden Grundwasserstand in der Regel mindestens 2 m betragen (bei Z 1.1 min. 1 m). Der Einbau von Z 2-Material ist zu dokumentieren.</i></p>	<p><i>Wird zur Kenntnis genommen.</i></p>	
A.4.2.5	<p><i>Baustoffe, Bauabfälle und Betriebsstoffe sind so zu lagern, dass Stoffeinträge bzw.</i></p>	<p><i>Wird zur Kenntnis genommen.</i></p>	

Behandlung der eingegangenen Anregungen und Stellungnahmen aus der Offenlage

Nr.	Stellungnahmen von	Beschlussvorschlag	Seite 4 von 10
	<i>Vermischungen (Vermischungsverbot) entsprechend § 9 KrWG mit Bodenmaterial auszuschließen sind.</i>		
A.4.2.6	<i>Werden im Zuge der Bauarbeiten stoffliche Bodenbelastungen angetroffen, ist der weitere Handlungsbedarf mit dem Landratsamt Emmendingen abzustimmen. Es sind Einrichtungen bis zur Klärung der Laborbefunde zur Sammlung des Aushubes zu schaffen, z.B. einzelne Mulden mit Abdeckplanen aufzustellen. Aushub- und Erdarbeiten sind gutachterlich zu begleiten.</i>	<i>Wird zur Kenntnis genommen.</i>	
A.4.2.7	<i>Unbrauchbare und/oder belastete Böden sind von verwertbarem Bodenaushub zu trennen und vorrangig (eventuell zuvor aufbereitet) der Verwertung oder einer zulässigen Deponierung zuzuführen. Das Herstellen von Gemischen aus belasteten Böden ist unzulässig.</i>	<i>Wird zur Kenntnis genommen.</i>	
A.4.2.8	<i>Falls unbelastetes Aushubmaterial nicht auf dem Anfallflurstück verbleiben darf/kann, so ist die Verwendung mit dem Landratsamt Emmendingen zu klären.</i>	<i>Wird zur Kenntnis genommen.</i>	
A.4.2.9	<i>Es darf kein teerhaltiges Material zur Aufbereitung gelangen.</i>	<i>Wird zur Kenntnis genommen.</i>	
A.4.2.10	<i>Auf die Berücksichtigung der Belange der Müllabfuhr bei der Planung der Erschließungsanlagen im Rahmen der Aufstellung von Bebauungsplänen weisen wir hin.</i>	<i>Wird zur Kenntnis genommen.</i>	
A.5	LANDRATSAMT EMMENDINGEN – STRAßENVERKEHRSAMT (Schreiben vom 15.05.2017)		
A.5.1	<i>Zu unseren Stellungnahmen vom 05.11.2013, 22.06.2016 und 06.02.2017 ergeben sich für unser Amt keine weiteren Anregungen. Bedenken gegen die 1. Änderung des Bebauungsplanes bestehen nicht.</i>	<i>Dies wird zur Kenntnis genommen.</i>	
A.6	LANDRATSAMT EMMENDINGEN – STRAßENVERKEHRSAMT (Schreiben vom 06.02.2017)		
A.6.1	<i>Seitens des Straßenverkehrsamtes stehen der 1. Änderung keine Hinderungsgründe entgegen. Denn ausweisliche der überstellten Unterlagen werden lediglich die unter § 2 Inhalt der Änderungen, Ziffer 1.2 dargelegte Höhe der baulichen Anlagen sowie die unter Ziffer 1.4 überbaubaren Grundstücksflächen neu gefasst. Die Belange des Straßenverkehrs sind hier jedoch nicht davon betroffen.</i>	<i>Dies wird zur Kenntnis genommen.</i>	
A.6.2	<i>Im Übrigen haben die Ausführungen unserer Stellungnahme vom 22.06.2016 weiterhin Bestand.</i>	<i>Dies wird zur Kenntnis genommen.</i>	

Behandlung der eingegangenen Anregungen und Stellungnahmen aus der Offenlage

Nr.	Stellungnahmen von	Beschlussvorschlag	Seite 5 von 10
-----	--------------------	--------------------	----------------

A.7 LANDRATSAMT EMMENDINGEN – STRAßENVERKEHRSAMT (Schreiben vom 22.06.2016)			
A.7.1	Zu der Neuaufstellung des Bebauungsplanes wurde von der Straßenverkehrsbehörde erstmals mit Datum vom 05.11.2013 Stellung genommen. Die darin enthaltenen Hinweise zur Vermeidung von Blend- und ablenkenden Wirkungen durch Werbeanlagen zur BAB A 5 und L 114, sind durch die entsprechenden Gestaltungs- und Ausführungsvorschriften des Bebauungsplanes berücksichtigt.	Wird zur Kenntnis genommen.	
A.7.2	Das Gewerbe- / Industriegebiet ist bereits verkehrlich voll erschlossen. Dies gilt sowohl für die innere Erschließung über die Gottlieb-Daimler-Straße, Robert-Bosch-Straße, Carl-Zeiss-Straße, als auch für die äußere Erschließung via BAB A 5, L 114 und K 5140. Ein Bedarf für eine Erweiterung der inneren Erschließungsstraßen ist derzeit nicht zu erkennen.	Der Sachverhalt wurde richtig wiedergegeben.	
A.7.3	Die Ausweisung von gesonderten Parkflächen - insbesondere für LKW ist von Seiten der Gemeinde nicht vorgesehen. Dies wird zur Kenntnis genommen. Ein Parken ist auf den Straßen nach den allgemeinen Bestimmungen der Straßenverkehrsordnung jedoch möglich.	Wird zur Kenntnis genommen.	
Stellungnahme vom 05.11.2013:			
A.7.3.1	Seitens des Straßenverkehrsamtes stehen der Neuaufstellung des Bebauungsplanes keine grundsätzlichen Hinderungsgründe entgegen. Wir bitten jedoch zu bedenken, dass das Gewerbegebiet in unmittelbarer Nähe zur Bundesautobahn A 5 liegt. Das es zu den Gepflogenheiten eine Gewerbegebietes gehört, am jeweiligen Ort der Leistung auch entsprechend Werbung zu betreiben, muss hier seitens des Straßenverkehrsamtes auf den § 33 Nr. 3 Satz 2 StVO hingewiesen werden. Mit dieser Rechtsnorm wird darauf hingewiesen, dass auch innerhalb geschlossener Ortschaften nur in der Weise Werbung betrieben werden darf, dass der außerörtliche Straßenverkehr hiervon nicht beeinträchtigt oder gestört wird.	Die Zulässigkeit von Werbeanlagen im Plangebiet ist auf ein notwendiges Maß beschränkt. Die Festsetzungen zur Werbeanlage schließen selbstleuchtende Werbung mit Leuchtfarbe sowie bewegliche Schrift- und Bildwerbung aus. Zudem beträgt die Entfernung zwischen dem Geltungsbereich und der BAB 5 an der geringsten Stelle ca. 50 m. Eine Beeinträchtigung oder Störung des außerörtlichen Straßenverkehrs ist daher nicht zu erwarten.	
A.7.3.2	Ausweislich zu der Begründung unter Ziffer 2.5 Örtliche Bauvorschriften – Werbeanlagen – wird hier das Anbringen von Werbung bereits dargelegt bzw. geregelt. Hierzu ergänzend muss jedoch angeführt werden, dass immer gewährleistet sein muss, dass durch die Art der Werbung keinerlei Ablenkung oder gar Blendung der	Mit der örtlichen Bauvorschrift zu den Werbeanlagen ist sichergestellt, dass der fließende Verkehr auf der BAB 5 durch Werbeanlagen im Industriegebiet nicht abgelenkt oder geblendet werden kann. Die Begründung wird entsprechend ergänzt.	

Behandlung der eingegangenen Anregungen und Stellungnahmen aus der Offenlage

Nr.	Stellungnahmen von	Beschlussvorschlag	Seite 6 von 10
	<i>Verkehrsteilnehmer auf der BAB 5 zu erwarten steht.</i>		
A.7.3.3	<i>Abschließend bitten wir um Ausweisung von genügend Parkflächen, die auch für den LKW-Verkehr geeignet sind.</i>	<i>Die Bebauungsplanänderung wird an den bestehenden Straßen keinerlei Veränderungen vornehmen. Eine Planung von zusätzlichem öffentlichem Parkraum für den LKW-Verkehr ist derzeit nicht vorgesehen.</i>	
A.8	LANDRATSAMT EMMENDINGEN – GESUNDHEITSAMT (Schreiben vom 25.04.2017)		
A.8.1	Mit Verweis auf unsere Stellungnahme vom 05.12.2013, 10.06.2016 und 07.02.2017 bestehen aus Sicht des vorbeugenden Gesundheitsschutzes keine Bedenken gegen die 1. Änderung des Bebauungsplanes.	Dies wird zur Kenntnis genommen.	
A.9	LANDRATSAMT EMMENDINGEN – GESUNDHEITSAMT (Schreiben vom 07.02.2017)		
A.9.1	<i>Mit Verweis auf unsere Stellungnahmen vom 05.12.2013 und 10.06.2016 bestehen aus Sicht des vorbeugenden Gesundheitsschutzes keine Bedenken gegen die Änderung des Bebauungsplanes.</i>	<i>Dies wird zur Kenntnis genommen.</i>	
A.9.2	<i>Stellungnahmen vom 10.06.2016 Mit Verweis auf unsere Stellungnahme vom 05.12.2013 bestehen aus Sicht des vorbeugenden Gesundheitsschutzes keine Bedenken gegen die Neuaufstellung des Bebauungsplanes.</i>	<i>Dies wird zur Kenntnis genommen.</i>	
A.9.3	<i>Stellungnahme vom 05.12.2013: Aus Sicht des vorbeugenden Gesundheitsschutzes bestehen keine Bedenken gegen die Neuaufstellung des Bebauungsplanes. Die herzustellenden Anlagen der öffentlichen Wasserversorgung müssen den allgemein anerkannten Regeln der Technik entsprechen. Sollten Retentionszisternen als Betriebswasseranlagen für WC-Spüleleitungen verwendet werden, müssen diese regelkonform nach DIN 1988 ausgeführt werden. Betriebswasseranlagen (z. B. Regenwassernutzungsanlagen), die zur Entnahme oder Abgabe von Wasser bestimmt sind, das nicht die Qualität von Wasser im Sinne der Trinkwasserverordnung hat und zusätzlich in Haushalten betrieben werden, sind nach § 13(4) TrinkwV der zuständigen Behörde anzuzeigen.</i>	<i>Dies wird zur Kenntnis genommen. Die Anregung wurde bereits im Verfahren zur Neuaufstellung des Bebauungsplans Rohrlache I in den Hinweisen berücksichtigt. Dieser gilt auch weiterhin.</i>	
A.10	LANDRATSAMT EMMENDINGEN – BAULEITPLANUNG (Schreiben vom 17.05.2017)		
A.10.1	Planunterlagen, Allgemeines Im Vorfeld zur 1. Änderung des Bebauungsplans fanden mehrere Gespräche mit	Dies wird zur Kenntnis genommen.	

Behandlung der eingegangenen Anregungen und Stellungnahmen aus der Offenlage

Nr.	Stellungnahmen von	Beschlussvorschlag	Seite 7 von 10
	der Gemeinde und den Planern statt, deren Ergebnisse in der vorliegenden Planung umgesetzt wurden. Aus bauleitplanerischer Sicht bestehen keine Bedenken.		
A.10.2	<p>Entwicklung aus dem Flächennutzungsplan (FNP)</p> <p>Der Flächennutzungsplan sieht für die überplante Fläche eine gewerbliche Baufläche vor. Die Entwicklung des Bebauungsplanes aus dem Flächennutzungsplan wird bestätigt.</p>	Dies wird zur Kenntnis genommen.	
A.10.3	<p>Weiteres Verfahren</p> <p>Nach dem Abschluss des Verfahrens durch den Satzungsbeschluss, die ortsübliche öffentliche Bekanntmachung und den Eintritt der Rechtskraft, bitten wir, uns folgende Unterlagen zu senden:</p> <ul style="list-style-type: none"> - Die Abwägungsentscheidung des Gemeinderates zu den eingegangenen Stellungnahmen. - Die Gemeinderatsniederschrift über den Satzungsbeschluss. - Den Nachweis der öffentlichen Bekanntmachung des Bebauungsplanes gemäß § 10 Abs. 3 BauGB mit Angabe des Datums des Inkrafttretens. - 2 Exemplare des ausgefertigten Bebauungsplanes mit zugehörigen Anlagen. - Digitale Daten des Bebauungsplanes/Flächennutzungsplanes per E-Mail oder CD/DVD im Dateiformat .pdf 	<p>Dies wird berücksichtigt.</p> <p>Die erforderlichen Unterlagen werden nach Ende des Verfahrens zur Verfügung gestellt.</p>	
A.10.4	Hinweise		
A.10.4.1	Wir weisen darauf hin, dass bei Änderung der Festsetzungen nach der Offenlage § 4a Abs. 3 BauGB zu beachten ist und unter Umständen eine zweite Offenlage durchzuführen wäre. Bei einer eingeschränkten neuen Offenlage sind die Veränderungen gegenüber der 1. Planung kenntlich zu machen.	<p>Dies wird zur Kenntnis genommen.</p> <p>Eine erneute Offenlage ist nicht vorgesehen.</p>	
A.10.4.2	Um Ausfertigungsmängel des Planes zu vermeiden, weisen wir darauf hin, dass der Plan nach dem Satzungsbeschluss des Gemeinderates aber vor der öffentlichen Bekanntmachung ausgefertigt werden muss.	Dies wird berücksichtigt.	
A.10.4.3	Da die rechtskräftigen Bebauungspläne vom Regierungspräsidium Freiburg in ein geografisches Informationssystem übertragen werden, bitten wir darum, Herrn Peter Schneider beim Referat 21 des Regierungspräsidiums ebenfalls eine Mehrfertigung des Planes zukommen zu lassen.	<p>Dies wird berücksichtigt.</p> <p>Die erforderlichen Daten werden zur Verfügung gestellt.</p>	

Behandlung der eingegangenen Anregungen und Stellungnahmen aus der Offenlage

Nr.	Stellungnahmen von	Beschlussvorschlag	Seite 8 von 10
	Dies ist auch per E-Mail möglich unter der Adresse: peter.schneider@rpf.bwl.de		
A.11	INDUSTRIE- UND HANDELSKAMMER SÜDLICHER OBERRHEIN (Schreiben vom 19.04.2017)		
A.11.1	Wir verweisen auf unsere erste Stellungnahme vom 07.02.2017.	Dies wird zur Kenntnis genommen.	
A.12	INDUSTRIE- UND HANDELSKAMMER SÜDLICHER OBERRHEIN (Schreiben vom 07.02.2017)		
A.12.1	<i>Laut Planvorentwurf plant ein ansässiges Unternehmen die Realisierung einer Sprühtrocknungsanlage, welche die derzeit zulässige Höhe überschreiten würde. Letztes Jahr wurde das gesamte Gebiet zum Industriegebiet aufgestuft. Bereits im damaligen Verfahren hatten wir angeregt, auch aufgrund des peripheren, siedlungsfernen Areals keine Höhenbeschränkungen festzusetzen.</i>	Dies wird zur Kenntnis genommen.	
A.12.2	<i>Mit der vorliegenden Planung soll die bisherige Grenze von maximal 15 m Gebäudehöhe auf einem bestimmten Anteil der Grundstücksfläche um das 2-Fache überschritten werden dürfen, ausnahmsweise soll auch eine Höhe von über 30 m für erforderliche technische Anlagen zulässig sein. Des Weiteren sollen mit der 1. Änderung des Bebauungsplanes auch gewisse Möglichkeiten zur Überschreitung von Baugrenzen eingeräumt werden. Beide Änderungen, die - wie auch das konkrete Vorhaben zeigt - den tatsächlichen Bedürfnissen von Industrieunternehmen besser Rechnung tragen und zugleich eine höhere Flächeneffizienz ermöglichen, werden begrüßt.</i>	Dies wird zur Kenntnis genommen.	
A.13	DEUTSCHE TELEKOM TECHNIK GMBH (Schreiben vom 24.05.2017)		
A.13.1	Durch die o. a. Planung werden die Belange der Telekom zurzeit nicht berührt. Bei Planungsänderungen bitten wir uns erneut zu beteiligen.	Dies wird zur Kenntnis genommen.	
A.14	BNNETZE GMBH (Schreiben vom 04.05.2017)		
A.14.1	Keine weiteren Bedenken und Anregungen. Wir verweisen auf unsere Stellungnahme vom 14.02.2017.	Dies wird zur Kenntnis genommen.	
A.15	BNNETZE GMBH (Schreiben vom 14.02.2017)		
A.15.1	<i>Das Verfahrensgebiet ist mit Erdgas versorgt. Wir weisen darauf hin, dass bei der künftig planungsrechtlich zulässigen Überschrei-</i>	Dies wird berücksichtigt.	

Behandlung der eingegangenen Anregungen und Stellungnahmen aus der Offenlage

Nr.	Stellungnahmen von	Beschlussvorschlag	Seite 9 von 10
-----	--------------------	--------------------	----------------

	<i>tung der Baugrenzen Erdgas-Netzanschlussleitungen betroffen sein können. Gemäß § 53 Abs. 4 S. 2 LBO ist daher eine Anhörung der bnNETZE GmbH im Rahmen der nachfolgenden bauordnungsrechtlichen Antrags- und Kenntnisgabeverfahren erforderlich.</i>		
A.16	DEUTSCHE BAHN AG – DB IMMOBILIEN (Schreiben vom 24.04.2017)		
A.16.1	Durch den Bebauungsplan werden die Belange der DB AG und ihrer Konzernunternehmen nicht berührt. Wir haben daher weder Bedenken noch Anregungen vorzubringen. Wir bitten Sie, uns die Abwägungsergebnisse zu gegebener Zeit zuzusenden und uns an dem Verfahren weiterhin zu beteiligen.	Dies wird zur Kenntnis genommen.	

B KEINE ANREGUNGEN UND STELLUNGNAHMEN DER BEHÖRDEN UND TRÄGER ÖFFENTLICHER BELANGE

B.1	LANDRATSAMT EMMENDINGEN – STRAßENBAUVERWALTUNG (Schreiben vom 01.06.2017)		
B.2	LANDRATSAMT EMMENDINGEN – UNTERE WASSERBEHÖRDE (Schreiben vom 21.04.2017)		
B.3	LANDRATSAMT EMMENDINGEN – VERMESSUNGSAMT (Schreiben vom 22.05.2017)		
B.4	LANDRATSAMT EMMENDINGEN – AMT FÜR FLURNEUORDNUNG (Schreiben vom 21.04.2017)		
B.5	LANDRATSAMT EMMENDINGEN – LANDWIRTSCHAFTSAMT (Schreiben vom 26.05.2017)		
B.6	LANDRATSAMT EMMENDINGEN – FORSTLICHE BELANGE (Schreiben vom 17.05.2017)		
B.7	LANDRATSAMT EMMENDINGEN – UNTERE BAURECHTSBEHÖRDE (Schreiben vom 02.05.2017)		
B.8	LANDRATSAMT EMMENDINGEN – AMT FÜR ÖPNV (Schreiben vom 15.05.2017)		
B.9	LANDRATSAMT EMMENDINGEN – EIGENBETRIEB ABFALLWIRTSCHAFT (Schreiben vom 23.05.2017)		
B.10	LANDRATSAMT EMMENDINGEN – UNTERE DENKMALSCHUTZBEHÖRDE (Schreiben vom 17.05.2017)		
B.11	REGIONALVERBAND SÜDLICHER OBERRHEIN (Schreiben vom 17.05.2017)		
B.12	TERRANETS BW GMBH (Schreiben vom 21.04.2017)		
	Eine Beteiligung am weiteren Verfahren ist nicht erforderlich.		
B.13	UNITYMEDIA BW GMBH		

Behandlung der eingegangenen Anregungen und Stellungnahmen aus der Offenlage

Nr.	Stellungnahmen von	Beschlussvorschlag	Seite 10 von 10
	(Schreiben vom 31.05.2017)		
B.14	VERMÖGEN UND BAU BADEN-WÜRTTEMBERG (Schreiben vom 20.04.2017)		
B.15	ABWASSERZWECKVERBAND UNTERE ELZ (Schreiben vom 03.05.2017)		
B.16	BUND-KREISVERBAND EMMENDINGEN (Schreiben vom 06.06.2017)		
B.17	LANDESNATURSCHUTZVERBAND BW (Schreiben vom 06.06.2017)		

C PRIVATE ANREGUNGEN UND STELLUNGNAHMEN VON BÜRGERINNEN UND BÜRGERN

Anregungen und Stellungnahmen von Bürgerinnen und Bürgern sind nicht eingegangen.